



An den Grossen Rat

16.5216.03

19.1710.01

PD/P165216/P191710

Basel, 25. Mai 2022

Regierungsratsbeschluss vom 24. Mai 2022

Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“ als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa

und Ausgabenbericht für eine Städtepartnerschaft im Sinne „Von Stadt zu Stadt“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 15.06.2016 den nachstehenden Anzug Thomas Grossenbacher dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

«In vielen Städten im Süden Europas zeigt sich eine besorgniserregende Überforderung der Gemeinden und Städten mit den ankommenden Flüchtlingen. Die Auswirkungen des Schengen-Dublin-Systems und die Schliessung der Grenzen in Osteuropa führen Städte und Gemeinden wie Lesbos, Kos, Idomeni, Athen und zahlreiche andere an ihre Leistungsgrenze und darüber hinaus. In diesen Städten können weder alle Ankommende registriert, noch können sie versorgt werden. Dass Flüchtlinge auch auf der Strasse leben müssen, ist leider zur Normalität geworden. Die Zustände der betroffenen Gemeinden und Städten verschlechtern sich laufend.

In Westeuropa sind bisher eigentliche Flüchtlingsströme ausgeblieben. Es besteht aber eine grosse Solidarität mit den flüchtenden Menschen. Die Schweiz und damit auch Basel-Stadt engagieren sich bereits auf vielfältige Weise, damit die aktuelle Flüchtlingskrise menschenwürdig bewältigt werden kann. Ein zusätzliches Engagement hat Barcelona mit ihrer Initiative unter dem Namen "De ciudad a ciudad" („Von Stadt zu Stadt") gestartet.

Siehe auch <https://www.pressenza.com/de/2016/04/die-buergermeister-von-barcelona-lesbos-und-lampedusa-treffen-ein-abkommen-um-den-fluechtlingen-zu-helfen/>. Barcelona kooperiert nun mit Lesbos und Lampedusa, um dort einen weiteren Beitrag zur Entschärfung der Flüchtlingskrise zu leisten. Auch Basel-Stadt könnte sich diese Idee als Vorbild nehmen und auf diese Weise einen weiteren Beitrag zur Entschärfung der humanitären Krise leisten.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob sie bereit ist, eine Städtepartnerschaft mit einer von der Flüchtlingskrise stark betroffenen Stadt vorzubereiten und einzugehen;
- ob sie bereit ist, aufzuzeigen, wie Basel-Stadt in einer Städtepartnerschaft Unterstützung leisten wird;
- inwieweit im Rahmen dieser Städtepartnerschaft auch ein Geldbetrag zu Gunsten der freiwilligen Organisationen oder dem Aufbau besserer Infrastruktur zur Unterbringung der Flüchtlinge gesprochen werden kann.

Thomas Grossenbacher, Nora Bertschi, Tonja Zürcher, Tanja Soland, Franziska Reinhard, Danielle Kaufmann, Martina Bernasconi, Michael Wüthrich, René Brigger, Raoul I. Furlano, Evelyne Rommerskirchen, Annemarie Pfeifer, Christian Griss»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Mit dem überwiesenen Anzug wurde der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, inwieweit Basel mit einer Städtepartnerschaft einen Unterstützungsbeitrag zur Milderung der Flüchtlingskrise in Europa leisten und im Rahmen einer solchen Partnerschaft ein Geldbetrag zu Gunsten der freiwilligen Organisationen oder dem Aufbau besserer Infrastruktur zur Unterbringung der Flüchtlinge gesprochen werden kann.

Der Regierungsrat unterstützt das Ansinnen, wonach die Schweiz und konkret der finanzstarke Kanton Basel-Stadt einen Beitrag zur Milderung der Flüchtlingskrise leistet. Dabei agiert der Kanton aus Effizienzgründen vorwiegend im Verbund mit anderen Akteurinnen und Akteuren im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Auf eigene Programme und Projekte in Europa wird verzichtet. Die Grundlagen des Asylwesens sind rechtlich auf nationaler Ebene geregelt. Verantwortlich zeichnet das Staatssekretariat für Migration (SEM), welches mit den Kantonen im Bereich Flüchtlingswesen eng zusammenarbeitet. Dem Regierungsrat ist es daher ein wichtiges Anliegen, im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise in Europa die klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu berücksichtigen und koordiniert vorzugehen. Eine Städtepartnerschaft in Europa scheint kein geeignetes Instrument, zumal hier multilaterale Organisationen in der Verantwortung stehen und der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene eher gering ist. Hingegen möchte der Regierungsrat einen konkreten Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in einem Erstfluchtland leisten und eine Partnerschaft mit einer Stadt in Jordanien eingehen. Hierfür unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Ausgabenbericht zur Genehmigung. In der Folge wird dem Grossen Rat zudem beantragt, den Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend «eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa» abzuschreiben.

1. Ausgangslage

Mit Grossratsbeschluss (GRB) Nr. 16/24/20.12G wurde der Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend «eine Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“ als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa» dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen. Mit GRB 18/38/23G vom 19. September 2018 hat der Grosse Rat das entsprechende Schreiben 16.5216.02 des Regierungsrates zur Kenntnis genommen und – entgegen dem Antrag des Regierungsrates – den Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten stehen gelassen. Aufgrund der Covid-Pandemie und politischen Unsicherheiten bedurfte die Prüfung einer entsprechenden Partnerschaft mehr Zeit und es konnte erst im Herbst 2021 eine vertiefende Abklärungsreise unternommen werden. Diese führte die Basler-Delegation in die Städte Irbid, Mafrag und Sahab in Jordanien. Aufgrund der Gespräche vor Ort und dem Potenzial für ein soziales Engagement des Kantons Basel-Stadt beantragt der Regierungsrat beim Grossen Rat die notwendigen Mittel, um eine Partnerschaft mit der Stadt Sahab eingehen zu können. Die Möglichkeit einer Städtepartnerschaft im Libanon wurde aufgrund der Zuspitzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise nicht weiterverfolgt.

2. Erweiterung des Portfolios an internationalen Kooperationen

Der Kanton Basel-Stadt hat seit 2002 ein Portfolio an internationalen Partnerschaften und Kooperationen aufgebaut, welches auf strategisch ausgewählte Destinationen mit Potenzial für den Standort Basel ausgerichtet ist. Die Aktivitäten im Rahmen dieser Aussenbeziehungen zielen auf einen direkten oder indirekten Nutzen bei Firmen, Institutionen und Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft/Spitzenmedizin, Bildung, Kultur und Tourismus in der Region Basel ab. Das Portfolio umfasst Kooperationen mit Shanghai, Massachusetts, Miami Beach, Toyama, Seoul und Tokyo. In Zusammenhang mit der Prüfung einer Städtepartnerschaft im Sinne des Anzugs Thomas Grossenbacher betreffend «eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa» hat sich der Regierungsrat mit RRB Nr. 19/39/45 ergänzend für eine soziale Städtepartnerschaft mit der Stadt Abidjan/Yopougon an der Elfenbeinküste entschieden. Mit RRB 21/12/57 vom 20. April 2021 wurde das entsprechende Memorandum of Understanding gutgeheissen, welches schliesslich am 7. Juni 2021 unterzeichnet wurde. Das mehrjährige Partnerschaftsprogramm wird dem Grossen Rat mit separatem Ausgabenbericht zur Genehmigung unterbreitet. Ein weiteres soziales Engagement ist in Rumänien geplant, welches mit der Wiedereinführung des Bettelverbots in Basel-Stadt in Verbindung steht. Das Engagement zu Gunsten der Roma-Bevölkerung wird ebenfalls mit separatem Ausgabenbericht an den Grossen Rat zur Genehmigung vorgelegt.

3. Evaluation einer Partnerschaft «Von Stadt zu Stadt» mit Flüchtlingsfokus

Mit dem überwiesenen Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend «eine Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“ als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa» wurde der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen, inwieweit Basel mit einer Städtepartnerschaft einen Unterstützungsbeitrag zur Milderung der Flüchtlingskrise in Europa leisten und im Rahmen einer solchen Partnerschaft ein Geldbetrag zu Gunsten der freiwilligen Organisationen oder dem Aufbau einer besseren Infrastruktur zur Unterbringung der Flüchtlinge gesprochen werden kann.

In einem ersten Schritt wurde eine Grobeinschätzung in Bezug auf mögliche Handlungsfelder für ein soziales Engagement im Sinne der Anzugstellerinnen und Anzugsteller vorgenommen. In Absprache mit den zuständigen Bundesämtern hat sich der Regierungsrat dagegen entschieden, eine Partnerschaft mit einer Stadt oder Region in Europa einzugehen. Im Rahmen von formellen und informellen Gesprächen mit Bürgermeisterinnen, Planungsverantwortlichen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Schweizer Botschaften und der DEZA wurden unter Einbezug des UNHCR mögliche Partnerstädte für ein soziales Engagement evaluiert. Bedingung war, dass sich die Städte in sogenannten Erst-Flucht-Staaten befinden, die als Nachbarn zu kriegsführenden Staaten Hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen haben und in der Folge vor grossen gesellschaftlichen Herausforderungen stehen. Auf dieser Basis wurden die Möglichkeiten für ein soziales Engagement in Jordanien oder im Libanon näher geprüft. Im Rahmen einer Abklärungsmission vor Ort wurden die Städte Mafraq, Irbid und Sahab in Jordanien besucht.

4. Aktuelle Flüchtlingssituation Jordanien

Jordanien gilt als einer der wenigen stabilen Staaten im Nahen Osten, umringt von Krisengebieten wie Syrien im Norden, dem Irak im Osten und Israel und den Palästinensergebieten im Westen. Das Land zählt 9,7 Millionen Einwohner.

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien 2011 haben rund 6,6 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Die meisten von ihnen sind in der Region geblieben, viele ins Nachbarland Jordanien geflohen. Die jordanische Regierung geht davon aus, dass sich rund 1,4 Millionen syrische Flüchtlinge im Land aufhalten. Von ihnen sind laut UNHCR 760'000 Personen als Flüchtlinge registriert. Internationale Flüchtlingsorganisationen unterstützen rund zwei Drittel von ihnen mit humanitärer Hilfe.

Nur rund 180'000 Betroffene leben in Flüchtlingslagern; sie dürfen die Lager nur für Arbeit verlassen und ihren Wohnsitz nicht mehr ändern. Von den anderen 1,2 Millionen Geflüchteten leben die meisten in Städten. Nicht registrierte Flüchtlinge müssen ihre Existenz aus eigener Kraft sichern. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für Flüchtlinge restriktiv geregelt. Ihnen steht nur niedrig qualifizierte Arbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Baugewerbe, Handwerk und allgemeine Dienstleistungen offen. Die meisten arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen und ohne Bewilligungen im informellen Sektor. 70 Prozent der syrischen Flüchtlinge in Jordanien leben einem Bericht der Weltbank zufolge unterhalb der nationalen Armutsgrenze von 50 Jordanischen Dinar pro Kopf und Monat (rund 63 Euro). Im Laufe der Jahre haben viele Familien all ihre Ersparnisse aufgebraucht, ihre Wertgegenstände verkauft oder die Unterstützung durch im Ausland lebende Familienmitglieder erschöpft. Syrische Geflüchtete erleben in Jordanien trotz allem grosse Solidarität. König Abdullah II und sein Volk sehen es als religiöse Pflicht, Flüchtlinge in Not aufzunehmen, ob aus dem Irak, Jemen, Palästina oder Syrien. Im Erstfluchtland Jordanien haben mittlerweile knapp 30 Prozent der Menschen einen Fluchthintergrund.

Jordanien ist eine konstitutionelle Monarchie, die auch in Krisen gesellschaftlich breit akzeptiert ist. Bei viele Jordanierinnen und Jordaniern geniesst der König mehr Vertrauen als Regierung und Parlament. Die Staatsform wird als stabilisierend wahrgenommen und auch von der Opposition nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Jordanien ist ein Land ohne nennenswerte Rohstoffe und industrielle Basis. Es ist zudem eines der wasserärmsten Länder der Welt. Zu den Hauptexportgütern zählen Kali und Phosphat. Weiter gibt es Ölschiefer- und Uranvorkommen, die verstärkt zur Energieerzeugung genutzt werden, sowie Erdgasvorkommen an der jordanisch-irakischen Grenze. Die Wirtschaft ist schwach und leidet unter den Folgen der Finanzkrise sowie der Corona-Pandemie und nicht zuletzt unter den Nachwirkungen des Arabischen Frühlings.

Nach dem Friedensabkommen 1994 mit Israel sollten mit dem Aufbau sogenannter Qualifying Industrial Zones (QIZ) Produktion und Export von Gütern angekurbelt werden. Ausländische Unternehmen, mehrheitlich aus der chinesischen Textilbranche, können unter günstigen Bedingungen und mit Einfuhr-Erleichterungen für den amerikanischen und später den europäischen Markt billige Arbeitskräfte aus Bangladesch, den Philippinen oder Ägypten ins Land holen und produzieren heute für internationale Marken und Labels. Das erwartete Wirtschaftswachstum ist aber ausgeblieben. Stattdessen hat die Orientierung am globalen Markt einen zweiten Arbeitsmarkt mit Unterbezahlung, prekären Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen in den Betrieben der QIZ nach sich gezogen. Hinzu kommt, dass diese QIZ mit wenig Rücksicht auf die Umwelt betrieben werden.

Mehr als die Hälfte der jordanischen Bevölkerung ist jünger als 25-jährig und die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 40 Prozent. Lediglich 14 Prozent der Frauen arbeiten. Der rapide Bevölkerungszuwachs durch die Fluchtbewegungen aus Syrien stellt eine grosse gesellschaftliche Herausforderung dar. Die Geflüchteten heizen den Wettbewerb um Wohnraum, Arbeitsplätze und Wasser an. Öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung oder Abfallmanagement und öffentlicher Verkehr sind überlastet. Die Infrastruktur des Landes ist entsprechend geschwächt. Rund 25 Prozent des nationalen Budgets werden gemäss offiziellen Stellen zugunsten syrischer Flüchtlinge aufgebracht.

Ohne Hilfszahlungen der internationalen Gemeinschaft, namentlich Deutschland, den USA und den Golfstaaten, könnte Jordanien die Stabilität nicht halten, welche für das Gleichgewicht der gesamten Region bedeutsam ist. Im Rahmen vom *Jordan Response to the Syrian Crisis Plan 2016-2018* hat Jordanien sich zwar verpflichtet, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Investitionen durch eine Reihe rechtlicher und struktureller Reformen und Anreize zu verbessern, die lokale und ausländische Unternehmen anlocken und Arbeitsplätze schaffen sollen. Dazu zählt auch der Zugang zu europäischen Märkten, um jordanische Exporte zu erhöhen. Bedingung für den erleichterten Zugang zu europäischen Märkten war auch, dass die jordanische Regierung Arbeitserlaubnisse

für mindestens 100'000 Syrer in ausgewählten Sektoren vergibt. Aber die Versorgung von Flüchtlingen und Einheimischen ist weiterhin ungenügend.

5. Evaluation einer Städtepartnerschaft in Jordanien

Nach einem Lockdown von fast anderthalb Jahren hat sich die Pandemie-Lage in Jordanien wieder soweit entspannt, dass eine Abklärungsreise in die drei Städte Irbid, Mafraq und Sahab im Norden des Landes möglich war. Die Evaluation einer möglichen Partnerstadt erfolgte im Austausch mit der Schweizer Botschaft in Ammann, der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes) sowie dem UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees, das UNO Flüchtlingshilfswerk). Alle drei Städte erfüllen die zentralen Bedingungen einer möglichen Partnerstadt wie beispielsweise eine grosszügige Flüchtlingsaufnahme, benennbarer Bedarf für Kooperation und Interesse an Expertisen-Austausch sowie entsprechende Ansprechpartner in der Stadtverwaltung.

In allen drei Städten ist auf folgende Zusammenhänge hingewiesen worden:

- Jordanien ist zentralistisch organisiert. Gemeinden haben geringe Entscheidungskompetenzen und sind in fast allen Bereichen auf die Entscheidungen von Distriktleitung und übergeordneten Gouvernements sowie den Ministerien auf nationaler Ebene angewiesen.
- In den sogenannten Qualifizierten Industriezonen(QIZ) bestimmen die nationalen Ministerien darüber, welche Unternehmen unter welchen Bedingungen produzieren können. Die Kommunen haben keinen Einfluss darauf, leiden jedoch unter Belastungen durch Abwasser oder Emissionen in der Luft.
- Im Rahmen einer koordinierten Unterstützung Jordaniens durch die internationale Gemeinschaft (Jordan Response Plan (JRP)) ist ein Strategieplan entwickelt worden. Eine Lageanalyse, die Priorisierung des dringlichsten Bedarfs und abgeleitet einzelne Projektideen sollten angesichts der Flüchtlingskrise die Erreichung nachhaltiger Ziele unterstützen. Zahlreiche Projekte sind unterdessen in diesem Kontext realisiert worden, aber nicht alle sind zu Ende gedacht und funktionieren langfristig.
- Die Städte wünschen sich nicht allein Projektfinanzierung und -management, sondern ergänzend zur klassischen, zeitlich begrenzten Entwicklungszusammenarbeit vor allem auch eine mehrjährige Begleitung bei der Umsetzung und Evaluation von Projekten.
- Als dringlichstes Problem wurde der Mangel an Arbeitsplätzen genannt. Die beruflichen Möglichkeiten von Flüchtlingen sind sehr eingeschränkt. Sie haben zwar Zugang zu Grundbildung, aber nur begrenzt zu weiterführenden Schulen, Universitäten oder Berufsbildung. Eine Qualifizierung junger Geflüchteter ist nicht prioritär, da es schon für die einheimische Jugend zu wenig Arbeit gibt. Perspektivisch ist dies eine frustrierende Ausgangslage, die oft eine Familiengründung in jungen Jahren zur Folge hat.
- Verbesserungen im Gemeinwesen sollen der lokalen Bevölkerung ebenso wie Geflüchteten zu Gute kommen.
- Die syrischen Flüchtlinge werden zwar als Ursache für zahlreiche gesellschaftliche Engpässe wahrgenommen, dennoch werden sie mehrheitlich als zur jordanischen Gemeinschaft zugehörig bezeichnet, da sie Sprache und Kultur teilen.
- Vielerorts wird bei städtebaulichen Projekten Wert auf umweltschonende Energiegewinnung und -verbrauch gelegt, sei dies durch die Nutzung von Solarenergie oder den Einsatz alternativer Energie beispielsweise im öffentlichen Verkehr.

Im Nachgang zur Abklärungsreise in die drei Städte und unter Einbezug aller involvierter Stellen in der Schweiz und unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Akteurinnen und Akteure vor Ort entschied der Regierungsrat, eine soziale Partnerschaft im Sinne «Von Stadt zu Stadt» mit Sahab weiterzuverfolgen und nachfolgend näher auszuführen.

Die Abklärungen in den anderen beiden Städten haben folgendes ergeben: Irbid wäre als Partnerstadt attraktiv und zugänglich, namentlich durch mögliche Kooperationen nicht nur auf Verwaltungsebene, sondern unter Umständen auch zwischen den Universitäten beider Städte. Die möglichen Kooperationsprojekte sind jedoch in der Planung bereits weit fortgeschritten oder abgeschlossen und teilweise finanziert. In Mafraq wäre ein Unterstützungsbedarf gegeben und Basel könnte sich insbesondere im Bereich Abfallentsorgung finanziell, technisch und mit Expertise einbringen. Allerdings ist unklar, in welchen Bereichen die kommunale Ebene selber zuständig ist und wo bereits auf Distriktebene seitens NGOs Projekte initiiert und unterstützt werden. Entsprechend fehlt es für eine engere Zusammenarbeit an direkten Ansprechpartnern in der Stadt.

6. Soziale Städtepartnerschaft Sahab – Basel

Die Stadt liegt im Südosten der Hauptstadt Amman, rund 75 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt. Derzeit leben rund 85'000 Einheimische, 40'000 Geflüchtete und 50'000 Wanderarbeiter aus Asien und Ägypten in der Stadt. Wie in Irbid gibt es auch hier kein Flüchtlingscamp. Geflüchtete leben in der Stadt und haben meist keine offiziellen Aufenthaltspapiere oder Arbeitsbewilligungen. Sie arbeiten im informellen Sektor und zu Bedingungen, welche für Jordanier nicht akzeptabel wären. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Bevölkerung in Sahab verdoppelt. Der sozioökonomische Druck sowie die Umweltbelastung durch die ansässige Industrie sind massiv. Derzeit lebt über die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Dies obwohl Sahab die zweitgrösste Industriestadt Jordaniens ist mit mehreren Industriearealen (QIZ) und einer grossräumigen Steinschneidezzone. Mitten durch die Stadt führt die stark befahrene Haupthandelsstrasse in den Irak und nach Saudi-Arabien.

Die Kommune Sahab ist Mitglied des *EU Covenant of Mayors* und hat sich damit einer nachhaltigen Energiepolitik verpflichtet. Weiter strebt sie an, die erste Green City im Nahen Osten zu werden. Auch Sahab ist arm, die Infrastruktur ist schwach. Betroffen sind alle Bereiche des öffentlichen Lebens (Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Strassenzustand, öffentlicher Verkehr, Schulen, Gesundheitsversorgung). In der ganzen Stadt gibt es ausser einer zentralen Busstation keine öffentlichen Räume oder Grünzonen. Zu den wenigen Schmuckstücken der Stadt zählen drei Moscheen.

Die bisherigen Gespräche und Abklärungen erfolgten mit starker Mitwirkung des Bürgermeisters sowie unter Einbezug seiner engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in leitenden Funktionen. Dabei konnten folgende Förderschwerpunkt evaluiert und konkrete Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit mit Basel beschrieben werden. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Haltung der Stadt Sahab, wonach eine Städtepartnerschaft zum Wohle der ganzen Bevölkerung einschliesslich des hohen Bevölkerungsanteils an geflüchteten Personen beitragen müsse:

- Teilprojekt 1: Planung eines nachhaltigen Abfallmanagements: Für die Umsetzung dieses Teilprojektes muss auf vier Ebenen gearbeitet werden: Hierzu gehört die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung (Workshops in den Quartieren sowie Hilfestellungen für Abfalltrennung), die Planung und Implementierung der Sammelsysteme (technische Studie für die Berechnung der Sammelrouten und Material zum Sammeln der Abfälle sowie Schulung und Infrastruktur für die Unternehmung, die die Abfallsammlung durchführt); die Abfallverwertung (Analyse des Abfalls, Erstellung von Mengengerüsten sowie Konzept für die Abfalltrennung in den Haushalten und entsprechende Abfallverwertung) sowie Unterstützung bei der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen (Formulierung von Verordnungen etc.).
- Teilprojekt 2: Stadtbegrünung durch Parkanlagen und Grünzonen: Als Erstes ist das Anlegen eines öffentlichen Parks (angrenzend an Grosse Moschee) gewünscht. Danach sollen auf anderen, kleineren Grundstücken der Stadt Grünzonen angelegt und Begegnungsräume geschaffen werden. Schliesslich ist seitens der Stadt Sahab eine Bepflanzung von

10'000 Bäumen als weitere Massnahme in der Steinschneide-Zone geplant. Bisher wurden erst 1'000 Bäume gepflanzt und Basel könnte hier beratend unterstützen, zumal für die Realisierung verschiedene Partner vor Ort finanziell beitragen können. Entsprechend geht es hier im Rahmen der Partnerschaft in erster Linie um einen fachlichen Knowhow-Transfer und um einen eher geringeren Mitteleinsatz;

- Teilprojekt 3: Energieeffizienz/Grey Water: Evaluation, Planung und fachliche Projektbegleitung in den Bereichen Energieeffizienz (u.a. Solarenergie), Waste Management sowie Nutzung von Grey Water (u.a. Bewässerung von Parkanlagen mit Abwasser aus der nahegelegenen Moschee);
- Teilprojekt 4: Partizipation und Quartierarbeit im Kontext von Urban Gardening: Die Stadtverwaltung weiss um die Wichtigkeit von partizipativen Prozessen für ein gutes Zusammenleben und bezieht die lokale Bevölkerung jährlich mit ein bei der Entscheidung, welche städtischen Projekte prioritär gefördert werden sollen (Versammlung von rund 300 Personen in Mehrzweckhalle). Privathaushalte als kleine soziale Einheit sind relevant, wenn es eine Verhaltensänderung geben soll im grösseren Ganzen, sei dies im Zusammenhang mit Abfall, Wasser, Ernährung oder Konfliktkultur. In einzelnen Quartieren sollen Interessierten Behältnisse, Erde, Saatgut und Setzlinge zur Verfügung gestellt werden, um auf Balkonen oder Innenhöfen gemeinsam tätig zu sein und selbstwirksam Alltagsräume zu begrünen;

Die verschiedenen Kooperationsbereiche im Rahmen einer Städtepartnerschaft zwischen Basel und Sahab machen den Einbezug und die fachliche Unterstützung verschiedener Fachdepartemente im Kanton Basel-Stadt erforderlich. Im Rahmen der Partnerschaft sollen ein Wissensaustausch ermöglicht und Mittel für die Realisierung einzelner Projekte in den oben genannten Bereichen zur Verfügung gestellt werden.

7. Fazit und Empfehlung für ein Engagement «Von Stadt zu Stadt»

Ein Engagement in einer jordanischen Stadt mit zahlreichen Flüchtlingen entspricht dem Ansinnen der Anzugsteller und der Idee «Von Stadt zu Stadt». Mit einer Partnerschaft mit der Stadt Sahab kann der Kanton Basel-Stadt einen konkreten Beitrag zur verbesserten Lebenssituation in den Stadtteilen mit hohem Anteil an geflüchteten Menschen leisten.

Der Bedarf an Unterstützung ist eindeutig und klar formuliert. Bürgermeister und Chefbeamte haben einhellig und wiederholt Interesse an einer längerfristigen Kooperation mit Basel signalisiert, in der Wissensaustausch, Qualifizierung eigener Mitarbeitenden und finanzielle Hilfen möglich sein sollten. Thematisch könnte Basel in allen genannten Projekten anknüpfen und sich mit Fachwissen aktiv einbringen.

Mit den beschriebenen Schwerpunktbereichen kann die Lebensqualität von Geflüchteten und der breiten Bevölkerung nachhaltig verbessert werden. Auch kann im Rahmen der Zusammenarbeit ein gegenseitiger Austausch und damit ein Mehrwert für beide Städte erreicht werden.

Die Umsetzung der Partnerschaft soll extern durch die zuständigen Stellen auf Bundesebene sowie im Rahmen bestehender Organisations- und Kooperationsstrukturen unterstützt werden. Damit können die Aufwände für die Initiierung, den Aufbau und das Monitoring des Basler Engagements auf ein angemessenes Mass reduziert werden.

8. Finanzielle Auswirkungen

Für eine Soziale Partnerschaft zwischen Basel und Sahab beantragt der Regierungsrat finanzielle Mittel im Umfang von 300'000 Franken p. a. für die Jahre 2023–2026. Ergänzend zum finanziellen Engagement stellt ein fachlicher Austausch und Know-how-Transfer auf Verwaltungsebene einen Mehrwert für die Partnerstadt Sahab dar.

Die für eine Umsetzung notwendige Koordination ist aufgrund der anspruchsvollen Abstimmung mit der Stadt Sahab und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen der geflüchteten Menschen und der lokalen Bevölkerung nicht ohne zusätzliche personelle Ressourcen zu leisten. Entsprechend muss für die Umsetzung des sozialen Engagements eine Projektstelle im Umfang von 0.4 HC vorgesehen werden. Diese Projektstelle ist für eine Fachperson gedacht, welche sich in der internationalen Zusammenarbeit und im DEZA-Umfeld auskennt und verwaltungsintern sowie mit den Behörden und Umsetzungspartnerinnen und -partnern vor Ort die Städtekooperation initiieren, planen, organisieren und umsetzen kann (0.3 HC für Projektkoordination, 0.1 HC für Administration/Finanzen). Nach dem Aufbau der partnerschaftlichen Basis und der Etablierung der Zusammenarbeit und gewisser Projekte sollte der Personalaufwand sinken. Der Headcount von 0.4 wird deshalb befristet für vier Jahre beantragt (2023–2026).

In CHF	2023–2026	p. a.
<u>Teilprojekt 1: Abfallmanagement</u>	260'000	65'000
Information und Sensibilisierung der Bevölkerung	15'000	
Planung und Implementierung Sammelsysteme	25'000	
Abfallverwertung	15'000	
Gesetzliche Grundlagen und Reserve	10'000	
<u>Teilprojekt 2: Stadtbegrünung/Green City</u>	400'000	100'000
Planung und technische Begleitung	15'000	
Einkauf Pflanzen	45'000	
Bepflanzungen und Unterhalt Grünanlagen	40'000	
<u>Teilprojekt 3 Energieeffizient/Grey Water</u>	200'000	50'000
Evaluation und Konzepte	15'000	
Planung und technische Begleitung	35'000	
<u>Teilprojekt 4: Quartierarbeit/Partizipation</u>	120'000	30'000
Konzept und Information	10'000	
Workshop-Serie Urban Gardening	20'000	
Übersetzungen	20'000	5'000
Reisekosten und Unterkunft	40'000	10'000
Projektstelle (0,4 HC, LK 15)	160'000	40'000
Total	1'200'000	300'000

Die beantragten Ausgaben belaufen sich somit auf insgesamt 300'000 Franken pro Jahr und umfassen die finanziellen Mittel für das soziale Engagement in den beschriebenen Bereichen einschliesslich der Kosten für eine Teilzeit-Projektstelle. Die detaillierte Projektausarbeitung wird in Absprache mit dem Bürgermeister und Stadtverwaltung von Sahab ausgearbeitet werden. Anhand der bisherigen Abklärungen lässt sich der Mitteleinsatz wie oben beschrieben prognostizieren: Die Projektmittel werden für die Umsetzung konkreter Massnahmen vor Ort verwendet: im Bereich Abfallmanagement für die Implementierung neuer Informationssysteme, entsprechende Schulungen und Information der Bevölkerung; bei der Stadtbegrünung für die Evaluation von Standorten und das Pflanzen geeigneter Bäume und die Realisierung der Grünanlagen mit entsprechenden Bewässerungssystemen; in diesem Zusammenhang wird die Nutzung von Grey Water zur Bewässerung angestrebt; in der Quartiersarbeit durch die Organisation und Begleitung von Partizipationsprozessen mit Einbezug der lokalen Bevölkerung und der Menschen mit Fluchthintergrund. Da die einzelnen Teilprojekte direkt auch von Entscheidungen und den verfügbaren personellen Ressourcen

cen der Stadt Sahab abhängen, sind Priorisierungen und Verschiebungen von Teilprojekten innerhalb der vierjährigen Laufzeit möglich. Beantragt wird somit für die Jahre 2023–2026 ein Gesamtbetrag von 1,2 Millionen Franken. Der Regierungsrat wird im Budgetprozess 2023 über eine allfällige Vorgabe, bzw. Headcounterhöhung entscheiden.

9. Rechtsgrundlage

In Bezug auf die Rechtsgrundlage für dieses soziale Engagement verweisen wir auf §§ 8, 11 und 14 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung. Im Rahmen der Berichterstattung zur Initiative betreffend «1% gegen globale Armut» soll im Sinne eines Gegenvorschlages für den Bereich der internationalen Zusammenarbeit eine Grundlage auf Gesetzesstufe geschaffen werden. Im Weiteren gehen die Bemühungen für eine Erweiterung des Portfolios der internationalen Kooperationen des Kantons auf den am 15. Juni 2016 überwiesenen und mit GRB 18/38/23G vom 19. September 2018 stehenden Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend «eine Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“ als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa» (Geschäft 16.5216) zurück.

10. Beurteilung nach § 3 Staatsbeitragsgesetz

Mit einem sozialen Engagement in der Stadt Sahab kann Basel einen Beitrag zur Lebenssituation von geflüchteten Menschen in Sahab in Jordanien leisten und der Kanton kommt damit einem öffentlichen Interesse nach. Gemäss Legislaturplan 2021-2024 möchte der Kanton sein Portfolio an internationalen Kooperationen um soziale Engagements erweitern, was auch dem Ansinnen der Anzugstellenden für eine Partnerschaft «Von Stadt zu Stadt» entspricht. Für die Umsetzung dieser Kooperation in Form von Hilfe vor Ort besteht kein ausreichendes Budget. Die Finanzierung des Wissensaustauschs und Massnahmen in den beschriebenen Schwerpunktbereichen wird jeweils vertraglich geregelt und die Umsetzung anhand entsprechender Zwischen- und Abschlussberichte geprüft. Für eine sachgerechte und kostengünstige Leistungserbringung wird auf die Stellen des EDA (DEZA) sowie etablierte NGOs vor Ort abgestützt.

11. Abschreiben des Anzugs

Mit dem oben beschriebenen Vorgehen kann dem Ansinnen des Anzugs Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend «eine Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“ als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa» weitestgehend entsprochen werden. Mit einem Engagement in Jordanien kann Basel-Stadt direkt und wirkungsvoll einen Beitrag in einem Erstfluchtland leisten.

12. Formelle Prüfung und Anträge

Das Finanzdepartement hat den vorliegenden Bericht gemäss § 8 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012 überprüft.

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend «eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa» abzuschreiben.

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat die Annahme des nachstehenden Beschlusentwurfes.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage:

- Entwurf Grossratsbeschluss

Grossratsbeschluss

Ausgabenbericht für eine Städtepartnerschaft im Sinne «Von Stadt zu Stadt»

(vom [Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Ausgabenbericht des Regierungsrates Nr. [Nummer eingeben] vom [Datum eingeben] und nach dem mündlichen Antrag der [Kommission eingeben] vom [Datum eingeben], beschliesst:

1. Für die soziale Städtepartnerschaft im Sinne «Von Stadt zu Stadt» mit Sahab werden für die Jahre 2023 bis 2026 Ausgaben in der Höhe von Fr. 1,2 Millionen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.